



WOHIN MIT NOCH MEHR ATOMMÜLL, HERR RÖSTI?

INHALT

KANTON ZÜRICH	2
GRÜNE STADT ZÜRICH	6
AUS DER REGION	8
GRÜNE WINTERTHUR	11
AGENDA	12

Liebe GRÜNE

Während ich diesen Text schreibe, hat mich die gute Nachricht erreicht: Für das AKW-Referendum sind über 125'000 Unterschriften zusammen gekommen! Das sind zweieinhalb mal so viele wie nötig gewesen wären. Möglich wurde das auch dank vielen fleissigen Grünen, die in den vergangenen drei Monaten auf der Strasse waren. Das zeigt: Wir Grünen können mobilisieren, und grüne Anliegen haben einen breiten Rückhalt in der Bevölkerung.

Nun gilt es, diesen Schwung mit in die Abstimmung zu nehmen und unseren Erfolg an der Urne zu wiederholen. Atomkraftwerke sind nicht nur gefährlich, sondern auch extrem teuer. Ohne staatliche Subventionen lassen sie sich nicht wirtschaftlich betreiben. Zudem ist die Atommüllfrage noch nicht geklärt. Weltweit gibt es kein Tiefenlager für hochradioaktiven Abfall, das in Betrieb ist.

Im Kanton Zürich sind wir davon besonders betroffen, denn der vorgeschlagene

Standort für das Schweizer Tiefenlager befindet sich in Stadel (s. Beitrag von Wilma Willi auf S. 2). Der vorläufige Standortentscheid bedeutet nicht, dass alle geologischen und technischen Fragen geklärt sind und das Atommüllproblem gelöst ist. Auf keinen Fall darf er als Ausrede genutzt werden, um auf unbestimmte Zeit zusätzlichen hochradioaktiven Abfall zu produzieren!

Ich bin überzeugt, die Mehrheit der Schweizer Stimmbevölkerung steht nach wie vor hinter dem mehrfach bestätigten Umstieg auf erneuerbare Energien und freue mich darauf, bald mit euch gemeinsam den Abstimmungskampf zu bestreiten!

■ Selma L'Orange Seigo, Präsidentin
GRÜNE Kanton Zürich

Redaktion und Verlag
GRÜNE Kanton Zürich
Ackerstrasse 44, 8005 Zürich
044 440 75 50
www.gruene-zh.ch
sekretariat@gruene-zh.ch
IBAN CH09 0900 0000 8002 6744 4

«NIEMAND WEISS, WAS EIN TIEFENLAGER FÜR ATOMMÜLL MIT UNS MACHEN WIRD.»

Im Bezirk Dielsdorf kämpft Kantonsrätin Wilma Willi für die Sicherheit vor atomaren Abfällen.

Das Gebiet Haberstal bei Stadel wurde von der Nagra im Jahr 2015 noch als völlig ungeeignet für ein Atomares Tiefenlager bezeichnet, weil es zu viele Verwerfungen im Untergrund gäbe. Doch 2022 schlug es die Nagra dann doch überraschenderweise als idealen Standort für die Einlagerung des Schweizer Atommülls vor.

Vieles ist weiterhin ungewiss

Damit begann eine neue Epoche bei uns im Bezirk, denn seitdem setzen wir GRÜNE uns noch viel intensiver mit diesem massiven Eingriff auseinander. Das von der Nagra eingereichte Rahmenbewilligungsgesuch wird zurzeit vom Eidgenössischen Nuklearinspektorat (ENSI) geprüft. Es ist jedoch noch wenig detailliert. Ob die Einlagerung dereinst über eine Rampe oder einen Schacht erfolgen soll, wie es mit dem Kohlenstoff im Untergrund aussieht oder wie genau unser Grundwasser und die Tiefengrundwasserströme tangiert werden, wissen wir noch nicht. Es steht vieles im Vagen, deshalb schauen wir GRÜNE sehr genau und sehr kritisch hin.

Als Einwohnerin der Gemeinde Stadel und als GRÜNE Kantonsrätin sehe ich es als meine Aufgabe, bei jeder Gelegenheit Antworten zu verlangen, denn die Sicherheit von Mensch und Umwelt hat oberste Priorität. Weltweit gibt es noch kein Tiefenlager, das in Betrieb ist. Jedes Projekt ist ein Prototyp. Wir können also weder darauf vertrauen, dass dieses Vorhaben ohne weiteres sicher sein wird, noch darauf, dass die Bundesregierung schon für uns sorgen wird. Der Menschheit fehlt schlicht die Erfahrung, denn wir mussten noch nie etwas für mindestens 10'000 Jahre sicher lagern.



Kein Platz für Abfälle aus neuen AKW

Obwohl wir heute noch in keiner Weise wissen, ob dereinst ein Tiefenlager in Stadel technisch einwandfrei und sicher realisierbar ist, möchte SVP-Bundesrat Rösli den Neubau von Atomkraftwerken bereits wieder vorantreiben. Im Tiefenlager sollen somit nicht nur, wie vorgesehen, die hochradioaktiven Brennelemente aus 70 Jahren AKW-Betrieb eingelagert werden, sondern ein viel grösserer atomarer Abfallberg. Dafür aber reicht das heute geplante Lager nicht aus. Es müssten neue Abklärungen gemacht werden und neue Bewilligungen würden nötig. Der Hauptzugangsstollen müsste viel länger offen gehalten werden, statt während einiger Jahrzehnte über 100 Jahre lang. Welche Risiken das bringt, ist heute schwierig abzuschätzen, denn auch die geopolitische Situation kann plötzlich eskalieren. Was auch immer die Konsequenzen sein werden: Wir in der Region und im Kanton Zürich hätten sie zu tragen. Das treibt mich auch

als Politikerin um. Bis jetzt glänzt der Bund mit Konzeptlosigkeit und irrelevanten Monitoring-Ergebnissen.

Scharfes Auge auf die verantwortlichen Akteure

Unsere Region ist von der Landwirtschaft geprägt und wir wohnen hier. Niemand weiss, was ein Tiefenlager für Atommüll mit uns machen wird. Sicher ist nur eines: Mit jedem neuen AKW wächst die Menge an Atommüll und damit auch das langfristige Risiko für kommende Generationen. Ich möchte eine sichere Zukunft für alle. Darum verfolge ich den Planungsprozess so aktiv und kritisch, wie es nur geht.

■ Wilma Willi,
Kantonsrätin GRÜNE

ZUR PERSON

Geburtsjahr: 1960
Wahlkreis: XVIII Dielsdorf
Beruf: Erziehungswissenschaftlerin, Berufsschullehrerin (bis 2025)
Kantonsrätin seit: 2020

BILANZ DER LETZTEN ZWEI LEGISLATUREN

Seit meiner Wahl in den Zürcher Regierungsrat 2019 sind nun schon fast acht Jahre vergangen. Zeit für eine Bilanz und einen Ausblick.

Bereits die erste Legislatur war geprägt von grossen Naturschutz- und Klimaschutzprojekten. Sei es das Energiegesetz 2021, das bewirkt, dass Öl- und Gasheizungen durch erneuerbare Heizungen ersetzt werden, mehr finanzielle Mittel für den Naturschutz oder die Verankerung des Klimaschutzes in der Kantonsverfassung. Im September 2022 sagte die Stimmbevölkerung mit 89% Ja zum Ziel der Kreislaufwirtschaft in der Kantonsverfassung, auch das ein grüner Erfolg.

Bauen im Bestand, Velo und Naturschutz

Auch die laufende Legislatur ist geprägt von wichtigen Projekten. Beim Bauen will ich die innere Verdichtung stärker auf den Bestand ausrichten. Heute bedeutet innere Verdichtung häufig Abriss und Ersatzneubau. Mit der Vorlage «Bauen im Bestand erleichtern» sollen Aufstockungen, Anbauten und Dachgeschossausbauten einfacher werden. So können günstige bestehende Wohnungen erhalten bleiben, zusätzlicher Wohnraum geschaffen

und im Vergleich zu Ersatzneubauten die «grauen» CO₂-Emissionen deutlich reduziert werden.

Auch beim Veloverkehr geht es vorwärts. Projekte wie die Velobahn Wallisellen, die Velobahn Kloten-Steinacker und die Verbindung zwischen Zürich und Dübendorf via Gockhausen verbessern Infrastruktur und Sicherheit. Weitere Velobahnen, unter anderem im Limmattal und zwischen Glatttal und Uster, sind in Planung.

Ein weiterer Schwerpunkt ist der Naturschutz. Mit Projekten zur Revitalisierung von Gewässern verbinden wir Hochwasserschutz, Biodiversität und Naherholung. Sei es beim Projekt «Fil Bleu Glatt», dem Projekt «Lebendige Limmat» bei Schlieren oder der Altbach in Kloten.

Klimaschutz und Klimaanpassung

Klimaschutz geht einher mit einer CO₂-neutralen Energieversorgung. Gebiete für Windenergie sollen im Richtplan

ausgeschieden, eine Solarpflicht für grosse Dächer bei Sanierungen eingeführt und Langzeitspeicher gefördert werden. All das stärkt auch die Versorgungssicherheit im Winterhalbjahr.

Ein besonders grosses Projekt zur Anpassung an den Klimawandel ist der Hochwasserentlastungsstollen Sihl-Zürichsee. Er entschärft das grösste Hochwasserrisiko im Kanton Zürich, indem bei Hochwasser Wasser aus der Sihl in den Zürichsee geleitet werden kann.

Dieser Sommer hat es erneut aufgezeigt. Unsere Städte und Gemeinden sind besondere Hotspots für Hitze und wir müssen unsere Siedlungen besser auf Hitzeperioden vorbereiten. Bäume, Begrünung, Entsiegelung und eine gute Durchlüftung können die Temperaturen spürbar senken. Mit der Gesetzesänderung «Klimaangepasste Siedlungsentwicklung» wurde das Pflanzen von Bäumen erleichtert, die Begrünung freier Flächen gestärkt und den Gemeinden mehr Möglichkeiten beim Baumschutz gegeben.

Fast acht Jahre Regierung zeigen: Grüne Politik wirkt. Klimaschutz, Naturschutz, erneuerbare Energien, Velo-Infrastruktur und eine nachhaltige Siedlungsentwicklung sind heute konkrete Aufgaben des Kantons. Diesen Weg möchte ich konsequent weitergehen und bedanke mich bereits jetzt für eure Unterstützung.

■ Martin Neukom,
Regierungsrat GRÜNE



> Martin Neukom mit Selma L'Orange Seigo und Florian Heer an der Nominationsversammlung vom 5. Mai 2026.

NACHHALTIGE MOBILITÄT BIS AM MORGEN

Ein gutes öffentliches Verkehrsangebot darf nicht um Mitternacht enden. Gerade im Zürcher Oberland bestehen im Nacht-
netz noch grosse Lücken mit langen Wartezeiten, unnötigen Umwegen und fehlenden Verbindungen. Das erschwert nicht
nur die nachhaltige Mobilität, sondern schränkt auch die Selbstständigkeit und Sicherheit vieler Menschen ein.



Seit einem halben Jahr darf ich nun im Zürcher Kantonsrat den Bezirk Pfäffikon vertreten. In dieser Zeit habe ich bereits einige Vorstösse (mit-)eingereicht. Sie befassen sich unter anderem mit dem Schutz von Natur- und Landschaftsräumen, dem Umgang mit Schadstoffen wie PFAS sowie mit der zunehmenden Wasserknappheit und dem Fischsterben. Ein weiterer Fokus meiner Arbeit liegt auf dem öffentlichen Verkehr.

Ein Nachtnetz mit grossen Lücken

In einem Postulat habe ich den Regierungsrat aufgefordert, aufzuzeigen, welche Lücken im Nachtnetz des Zürcher Oberlands bestehen und wie diese geschlossen werden können. Denn teilweise ist es geradezu absurd: Wer tagsüber von Pfäffikon nach Wetzikon fährt, ist mit dem Zug in sieben Minuten am Ziel. Nach Mitternacht dauert dieselbe Strecke plötzlich 71 Minuten und man muss zwei Mal umsteigen. Auch bei anderen Verbindungen zeigt sich das Problem. Wer tagsüber von Pfäffikon nach Russikon möchte, nimmt bequem den Bus und ist nach kurzer Zeit dort. Wer nachts dasselbe Ziel anstrebt, fährt zuerst mit dem Zug nach Fehraltorf und wartet dort geschlagene 45 Minuten auf den Bus nach Russikon.

Solche Verbindungen machen den öffentlichen Verkehr nachts für vie-

le Menschen unattraktiv. Wer sich abends nicht darauf verlassen kann, mit dem ÖV flexibel nach Hause zu kommen, ist schnell auf das eigene Auto angewiesen oder darauf, durchs Umfeld gefahren zu werden. So wird das Auto schon in jungen Jahren zur selbstverständlichen Lösung.

Lange Umsteigezeiten können auch eine Sicherheitsfrage sein. Wer nachts auf den nächsten Bus warten muss, steht möglicherweise allein an einem Bahnhof. Mobilität bedeutet deshalb auch, sich sicher und selbstständig bewegen zu können, unabhängig davon, ob gerade Tag oder Nacht ist.

Weniger Autoabhängigkeit beginnt beim Angebot

Mein Ziel ist ein verlässliches Nachtnetz, das diesen Namen auch verdient. Wer sagt, die Nachfrage sei dafür zu klein, verkennet, dass schlechte Verbindungen selbst ein Hindernis für die Nutzung des öffentlichen Verkehrs sind. Wenn die Fahrt umständlich, lang und mit langen Wartezeiten verbunden ist, entscheiden sich viele gar nicht erst für den ÖV. So entsteht ein Teufelskreis: Wenig Angebot führt zu weniger Nachfrage, und die geringe Nachfrage wird wiederum als Argument gegen ein besseres Angebot verwendet. Ein gutes Nachtnetz schafft Unabhängigkeit, denn es ermöglicht insbesondere jungen Erwachsenen, ohne Auto unterwegs zu sein, entlastet

Eltern von nächtlichen Fahrdiensten und gibt Menschen ohne eigenes Auto die Möglichkeit, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Sichere, nachhaltige Mobilität soll nicht um Mitternacht enden. Der öffentliche Verkehr muss eine echte Alternative zum Auto sein, tagsüber genauso wie nachts. Dafür braucht es im Zürcher Oberland noch einiges zu tun. Dies möchte ich im Kantonsrat auch in der nächsten Legislatur vorantreiben.



■ Nadja Wirth,
Kantonsrätin GRÜNE

ZUR PERSON

Geburtsjahr: 2003

Wahlkreis: XIII Pfäffikon

Beruf: Studentin Betriebswirtschaft, Buchhalterin

Kantonsrätin seit: 2026

Tritt jetzt dem Unterstützungskomitee von Nadja Wirth bei:



VERDICHTEN, OHNE ZU VERDRÄNGEN: FÜR EIN BEZAHLBARES UND LEBENSWERTES SÄULIAMT

Der Bezirk Affoltern wächst stark. Mehr Wohnraum ist nötig. Doch Verdichtung darf nicht bedeuten, dass günstige Wohnungen verschwinden und gewachsene Quartiere ihren Charakter verlieren. Entscheidend ist letztlich, wer für wen baut.

Der Bezirk Affoltern ist in den vergangenen Jahren überdurchschnittlich stark gewachsen. Die attraktive Lage zwischen den Wirtschaftszentren Zürich und Zug erhöht den Druck auf den Wohnungsmarkt zunehmend. Dass mehr bezahlbarer Wohnraum gebraucht wird, ist unbestritten. Die entscheidende Frage ist, wie dieses Wachstum richtig gestaltet wird.

Verdichten heisst nicht einfach abreissen

In Affoltern wurden in den letzten Jahren an mehreren Orten ganze Häuserzeilen abgerissen und durch Neubauten ersetzt. Auch in Hedingen steht mit der geplanten Zentrumsentwicklung die Frage im Raum, wie viel Bestehendes verschwinden soll. Verdichtung ist sinnvoll, weil sie zusätzlichen Wohnraum schafft, ohne noch mehr Kulturland zu überbauen. Sie darf aber nicht automatisch nach dem Prinzip Abriss und Neubau funktionieren.

Denn Ersatzneubauten haben oft eine soziale Kehrseite. Günstigere Wohnungen verschwinden, die neuen Wohnungen sind deutlich teurer. Gerade wenn renditeorientierte Investoren bauen, steigt der Druck auf die Mieten zusätzlich. Wohnen ist ein Grundbedürfnis und darf kein Spekulationsobjekt sein.

Deshalb braucht es bei der Verdichtung einen anderen Ansatz: Weiterentwickeln statt vorschnell abreissen und neu bauen. Wo es möglich ist, können bestehende Gebäude aufgestockt, erweitert oder umgebaut werden. So bleibt günstigerer Wohnraum eher erhalten und trotzdem entstehen zusätzliche Wohnungen. Bei grösseren Neubauprojekten müssen die Gemeinden zudem klare Rahmenbedingungen setzen, etwa mit Vorgaben für ge-



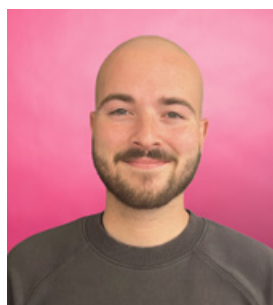
meinnützige Wohnungen, öffentliche Grünräume oder den Erhalt prägender Gebäude.

Entscheidend ist, wer baut

Entscheidend ist insbesondere, wer baut. Im Bezirk Affoltern sind nur 3,8 Prozent der Wohnungen gemeinnützig. Das sind gerade einmal 985 von insgesamt rund 25'900 Wohnungen. Die GRÜNEN Bezirk Affoltern fordern deshalb in einer im Juni verabschiedeten Resolution mindestens 300 zusätzliche gemeinnützige Wohnungen bis 2040. Gemeinden sollen auf eigenem Land selbst Wohnungen zur Kostenmiete erstellen oder Grundstücke im Baurecht an Genossenschaften abgeben.

Mit dem Vorkaufsrecht, der Wohnungsinitiative und der Wohnschutzinitiative lagen im Kanton Zürich jüngst sinnvolle linke Vorschläge für eine aktivere Wohnpolitik auf dem Tisch. Sie fanden an der Urne jedoch deutlich keine Mehrheit. Deshalb braucht es jetzt Lösungen, die politisch möglichst breit abgestützt sind. Denn den heutigen Zustand einfach hinzunehmen, ist keine Option.

Das Säuliamt soll wachsen können, ohne dass Wohnen unbezahlbar wird und Menschen verdrängt werden. Dafür braucht es eine Wohnpolitik, die bezahlbaren Wohnraum sichert und die Lebensqualität in unseren Gemeinden erhält. Dafür möchte ich mich im Kantonsrat einsetzen.



■ Yannick Ghisletta,
GRÜNE Affoltern

ZUR PERSON

Geburtsjahr: 2000

Wahlkreis: VIII Affoltern

Beruf: Politologe, Fraktionssekretär

Yannick ist im Wahlkreis Affoltern Spitzenkandidat für die Kantonsratswahlen 2027.

WIR BRAUCHEN EIN UMFASSENDES SICHER- HEITSVERSTÄNDNIS

Für Rüstungsausgaben findet der Bundesrat immer sehr schnell Geld. Andere Sicherheitsfragen werden dagegen viel weniger prioritär behandelt. Als Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission erlebe ich, wie stark darauf gedrängt wird, die militärische Sicherheit ins Zentrum zu stellen, während andere Bedrohungen für unsere Sicherheit massiv weniger ernst genommen werden. Dabei erlebten wir gerade einen Sommer mit Hitzewellen von historischem Ausmass. Hitze und Trockenheit gefährden unsere Gesundheit, unsere Wälder, die Landwirtschaft und damit unsere Lebensgrundlagen. Der Bundesrat anerkennt zwar die akuten Folgen und hat zusätzliche Mittel gesprochen. Doch die Klimakrise ist keine vorübergehende Naturkatastrophe, die mit einem einmaligen Nothilfepaket erledigt ist. Sie wird uns dauerhaft beschäftigen und braucht entsprechend langfristige Investitionen. Dasselbe gilt für häusliche Gewalt. Studien zeigen zudem einen Zusammenhang zwischen hohen Temperaturen und häuslicher Gewalt. Für Frauen, die in den eigenen vier Wänden Gewalt erleben, ist Sicherheit keine Frage von Kampfjets oder Luftabwehr. Sie brauchen Schutzplätze, Beratungsangebote, Prävention und einen Staat, der Verantwortung übernimmt und handelt.

Diese Beispiele zeigen: Wir brauchen ein umfassendes Verständnis von Sicherheit. Sicherheit heisst, vor Krieg geschützt zu sein. Aber genauso vor häuslicher Gewalt, vor den Folgen der Klimakrise und vor sozialer Ausgrenzung. Wenn wir über Sicherheit sprechen, müssen wir deshalb auch darüber sprechen, wofür wir unser Geld einsetzen. Denn politische Prioritäten zeigen sich im Budget. Ein Budget, das bei Kampfjets grosszügig ist und bei Schutz vor geschlechtsspezifischer

Gewalt knausert, verrät, wessen Sicherheit wirklich zählt.

■ Anna-Béatrice Schmaltz, Nationalrätin GRÜNE

HITZE UND DÜRRE ÖFFNEN DIE AUGEN HOFFENTLICH BLEIBEND!

Bis vor Kurzem haben uns bürgerliche Politiker:innen als Klimasekte bezeichnet, wenn wir die Klimaerhitzung und die Gefahr für Mensch und Natur zum Thema machten. Während der Hitze- und Dürreperioden sind sie kleinlauter geworden und haben sogar eigene Überlegungen gemacht. Allerdings sind sie nicht weit über die Förderung von Klimaanlagen hinausgekommen. Das zeigt, dass es Mitte-Links – und allen voran die GRÜNEN! – im Kantonsrat braucht, wenn taugliche Massnahmen angestossen und politisch verankert werden sollen. Die GRÜNEN nehmen das Wasser in den Fokus und fordern die Regierung auf, mit einer auf die Klimaerhitzung ausgerichteten Wasserstrategie den Schaden so weit wie möglich zu mindern. So soll mit Speicherung und Retention haushälterisch mit dem immer knapper werdenden Wasser umgegangen werden. Die vielen unterirdischen Bäche im Siedlungsgebiet sollen an die Oberfläche geholt werden, um die nächste Umgebung zu kühlen und Mensch und Tier zu erfrischen. Gegen die Hitze in Städten und Agglomerationen helfen grosse Bäume und diese brauchen Platz im Boden. Da die Bürgerlichen keine Hand bieten, damit unter dem Boden neben den Häusern nicht gebaut werden darf (Eigentumsfreiheit geht ihnen über Schutz vor Hitze!), versuchen wir es nun mit Anreizen. Wer nur unter dem Gebäude baut und den Bäumen Raum lässt, soll belohnt werden.

Hitze und Dürre bedrohen Mensch und Natur mannigfach. Daher fordern wir einen Masterplan Hitzeschutz und Massnahmen für die Zukunft der Wälder. Wir wollen mehr über das

Ausmass des Fischsterbens wissen und verlangen Auskunft über die Belastung der Volkswirtschaft und des Gesundheitssystems. Und wir vergessen dabei nicht, dass es neben all den Massnahmen gegen die Folgen der Klimaerhitzung dringend eine Senkung des CO₂-Ausstosses braucht.

■ Silvia Rigoni, Kantonsrätin GRÜNE Stadt Zürich 3/9

WIDER DER RESIGNATION: HOFFUNG IM HITZESOMMER 2026

Wir blicken zurück auf einen aussergewöhnlichen Sommer. Die Bäume verdorrten vor unseren Augen, Bäche und Flüsse trockneten aus. Zum ersten Mal haben wir alle erlebt, wie dauerhafte Hitze uns belasten kann. Ich kann mich gut an einen Moment erinnern, als mein Aussenthermometer 40 Grad anzeigte und es in meiner Wohnung heiss und stickig wurde. Und doch konnte ich das Fenster nicht öffnen, weil es draussen noch heisser war. Ich war wütend. Wütend, dass das jetzt unsere Realität ist. Wütend darüber, dass in Frankreich die Wälder brennen und die viele Mitmenschen konsumieren, als gäbe es kein Morgen. Wütend auf die bürgerliche Mehrheit, die sich weigert, die Klimakrise zu bekämpfen und von „Hysterie“ redet, obwohl gar niemand hysterisch ist, sondern nur die Realität anerkennt. Der Sommer 2026 ist gemäss den Modellen von Meteoschweiz ein Durchschnittssommer im Jahr 2050.

Der Sommer 2026 war auch aus persönlichen Gründen aussergewöhnlich: Ich durfte auch zum ersten Mal das Kind einer ganz engen Freundin in den Armen halten. Und als ich dieses kleine Wunder hielt, so brach mir fast das Herz. 2050, da wird es ein junger Erwachsener sein. Für ein Kind, das heute geboren wird, ist das, was wir heute erleben, normal. Es ist nicht schwer, angesichts dieser Zukunft den

Mut und die Hoffnung zu verlieren. Ich finde: Resignation ist der schlechteste Weg. Zwar hat dieser Sommer uns alle an die Grenzen gebracht. Und doch: Wenn ich sehe, wie viele Menschen sich in unserer Partei für eine lebenswerte Zukunft einsetzen, dann schöpfe ich Hoffnung und Energie. Ich gehe jede Woche in die Gemeinderatsfraktion und fühle mich so privilegiert, mit so engagierten Menschen eine Politik für Morgen zu machen. Ohne zu zögern haben wir ein ganzes Vorstoss-Paket eingereicht, das die Bevölkerung vor der Hitze besser schützen soll. Nein, Resignation ist nicht der richtige Weg. Wir dürfen nicht aufgeben. Wir haben die Lösungen, wir wissen, was zu tun ist: ein konsequenter Ausstieg aus klimaschädlichen Fossilien, weniger Konsum, pflanzliche Ernährung, mehr Miteinander. Damit können wir die Klimakrise effektiv bekämpfen, das ist unser Weg aus der Resignation. Lasst uns Kraft und Energie daraus schöpfen, dass wir uns alle eine klimagerechte Zukunft wünschen. Und lasst uns nie die Hoffnung aufgeben, auch wenn es noch so heiss ist.

■ **Catalina Gajardo, Gemeinderätin**
GRÜNE Stadt Zürich 11/12

ABSCHIED AUS DEM GEMEINDERAT

Ende August bin ich nach fünfjähriger Amtszeit aus dem Gemeinderat zurückgetreten. Nicht, weil ich die Freude an der Politik verloren hätte, sondern weil die zeitliche Belastung des Milizamtes neben dem Beruf zu gross ist. In über 200 Ratssitzungen sass ich Tausende Male vor der Entscheidung, den Ja- oder Nein-Knopf zu drücken. Zustimmung oder Ablehnen, Daumen hoch oder Daumen runter. In vielen Fällen hätte ich lieber mit „Ja, aber ...“ oder „Eher nein ...“ geantwortet.

Die Ja- oder Nein- Entscheidung ist einfach bei klassisch grünen Anliegen: Ja zum Klimaschutz, ja zu erneuerbaren Energien, ja zur Hitzeminderung, ja zum Schutz der Biodiversität, ja zur

Befreiung vom Autoverkehr etc. Und sie ist einfach bei abstrusen Forderungen von rechts: Nein zum Seetunnel, nein zum „Parkplatzkompromiss“, nein zum Überfremdungsgeleier, nein zur Repression etc. Dazwischen gibt es aber viele Fragen, bei denen die Entscheidung schwierig war und ist. Soll die Stadt Zürich den Uetlihof kaufen oder ist das Vorhaben zu teuer? Sollen mehr Polizeistellen geschaffen werden, damit Polizistinnen und Polizisten weniger Überstunden anhäufen, oder führt dies zum Ausbau des Polizeistaats? Gehören gut gestaltete Hochhäuser ins Portfolio von Massnahmen gegen die Wohnungsnot oder sind sie per se des Teufels? Sollen religiöse Symbole – Kreuz, Kippa, Kopftuch – aus den Klassenzimmern verbannt werden oder verstossen wir damit gegen die Religionsfreiheit?

In der Fraktion führten diese und andere Fragen immer zu spannenden Diskussionen, die ich vermissen werde, auch wenn die darin vorgebrachten Argumente nur selten alle zu überzeugen vermochten. Denn für viele Fragen gibt es keine klare grüne Position, auch wenn die jungen oder die alten Grünen behaupten, diese zu kennen. Der Pluralismus der Meinungen gehört für mich zur DNA der GRÜNEN. Wir müssen ihm Sorge tragen, gerade in diesen Tagen, wo Brandmauern wanken und öffentliche Hetze salonfähig wird.

■ **Roland Hohmann, Alt-Gemeinderat**
GRÜNE Stadt Zürich

INTERVIEW MIT KARIN RYKART UND DANIEL LEUPI ZUR NEUEN LEGISLATUR

Welche politischen Themen beschäftigen dich in dieser Legislatur besonders?

Daniel Leupi: Die Sicherung der städtischen Finanzen bzw. die Vermeidung einer Überschuldung, die weitere Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus und die Digitalisierung und ihre Herausforderungen.

Karin Rykart: Nebst der allgemeinen Sicherheit im öffentlichen Raum und der damit verbundenen Ressourcenfrage bei der Stadtpolizei, sind es die Themen «Häusliche Gewalt», «sicher Velofahren» und «Tempo 30», damit Zürich für alle eine so lebenswerte Stadt bleibt wie sie ist.

Welche Entwicklungen in der Stadt Zürich stimmen dich derzeit besonders positiv?

Daniel Leupi: Dass die Sirenenklänge der rechtsnationalistischen Kreise in Zürich bei der Stimmbevölkerung kaum verfangen.

Karin Rykart: Die Offenheit gegenüber Veränderungen und die vielen Themen, bei welchen sie «Pionierarbeit» leistet – in meinem Departement z.B. die transparente Polizeiarbeit (Erfassung Gummischrot-Einsätze, Bodycams, Extremismusbericht etc.)

Wo siehst du in den nächsten vier Jahren den grössten Handlungsbedarf?

Daniel Leupi: Bei der Sicherung der städtischen Finanzen bzw. der Vermeidung einer Überschuldung, beim Kampf gegen die Klimakrise und bei der Förderung von bezahlbarem Wohnraum.

Karin Rykart: Die Stadt Zürich ist attraktiv – als Wohn-, Arbeits- und Ausgestadt. Daher gilt es darauf zu achten, dass es auch in Zukunft genug bezahlbaren Wohnraum gibt und dass das Gleichgewicht zwischen Party- und Wohnstadt weiterhin stimmt.

■ Das Gespräch führte Melanie Meierhans.

VERANSTALTUNGEN UND
EVENTS FINDEST DU AUF
UNSERER AGENDA!



GRÜNFLÄCHENZIFFER, BÄUME, QUARTIER- ERHALTUNGSZONE: BZO-REVISION IN WALLISELLEN

Am 8. Juni 2026 beschloss die Gemeindeversammlung der Stadt Wallisellen eine neue Bau- und Zonenordnung (BZO). Es war ein fast schon episches Projekt: In einem ersten «Paket» ging es vor allem um das Entwicklungsgebiet «Wallisellen Südost», südlich der Bahngleise, bei Glattzentrum und Autobahn. Hier sollen in den nächsten Jahren Gewerbezone mit Wohnungen überbaut werden. Dank dem Einsatz der Kräfte von Mitte-Links (GRÜNE, SP, Forum pro Wallisellen, GLP) gelang es zum Beispiel, Vorschriften über preisgünstigen Wohnraum festzuschreiben. Insgesamt zeigten die anwesenden Stimmberechtigten (leider nur eine einstellige Prozentzahl der Stimmberechtigten) beträchtliches Durchhaltevermögen: An einem ersten Abend (2. April 2025) dauerte die Gemeindeversammlung von 19 bis 23 Uhr, am zweiten (3. April 2025) «nur» von 19 bis 22:25 Uhr. Es hat sich aber gelohnt: Obwohl die bürgerliche Seite gut vorbereitet und präsent war, gelang es, einige ihrer Vorschläge abzuwenden und den aus Grüner Sicht soliden Vorschlag des Stadtrates zu stützen. Sehr gefreut haben wir uns, dass die Gemeindeversammlung für das ganze Gemeindegebiet Regeln zum Erhalt von Bäumen festgelegt hat – so werden mehrere hundert grosse Bäume in Wallisellen geschützt. Das ist ein Beitrag zu einem guten Stadtklima und zum Schutz der Biodiversität.

Ein zweites Paket wurde am 8. Juni 2026 behandelt und 10 Minuten vor Mitternacht abgeschlossen. Es ging dabei um den «alten Teil» von Wallisellen nördlich der Gleise und die Umsetzung der «klimaangepassten Siedlungsentwicklung», die der Kantonsrat im Jahr 2024 beschlossen hatte. Für diese Gemeindeversammlung wollten wir (noch) besser vorbereitet sein und suchten frühzeitig das Gespräch nicht nur un-

tereinander, sondern auch mit bürgerlichen Parteien und Interessenten. So konnten in einigen Punkten Kompromisse gefunden werden; zum Beispiel war man sich über die Grünflächenziffer uneinig, fand aber die Lösung, der Gemeindeversammlung Kompensationsmöglichkeiten (§ 257 Absatz 4 des Planungs- und Baugesetzes) vorzuschlagen, also zum Beispiel Bäume oder begrünte Fassaden anstelle von mehr «Golfrasen». Insgesamt gelang es, an der Gemeindeversammlung eine ausgewogene BZO zu verabschieden – in einem Punkt mit Stichtentscheid des Stadtpräsidenten – und einige wichtige Grüne Anliegen durchzubringen. Diese Erfahrung stimmt zuversichtlich: Sie zeigt, dass Grüne Themen trotz einem (echten oder von den Medien beschworenen) Gegenwind bei den Menschen gut ankommen, wenn wir sie gut begründen und kommunizieren.

■ Reto Pfeiffer, GRÜNE Wallisellen

WENN DER TAUSCH VON WAREN DIE NACHBARSCHAFT FÖRDERT

Schwerzenbach erlebte am 5. September eine besondere Premiere: Im ganzen Ort verteilt luden 82 Flohmarktstände dazu ein, nach alten Schätzen zu stöbern. Am Ende wurden zwar keine Umsatzrekorde gebrochen, aber häufig das Eis zwischen den Nachbarn.

«So lange habe ich mit unserer Nachbarin wohl noch nie geredet», sagte ein Schwerzenbacher beim Abbau des Standes am Nachmittag. Er hatte einen Verkaufsstand vor der Garage, sie auch – also besuchte man sich gegenseitig, trank einen Kaffee und kam ins Gespräch. Kiki Jungfer, die Initiatorin des ersten Quartier-Flohmarkts, freut sich über solche Rückmeldungen.

Eigentliches Ziel von «Schwerzenbach räumt aus» war es, dass an einem Ort nicht mehr benötigte Dinge woanders ein neues Leben bekommen. Denn Wiederverwenden statt Wegwerfen ist

eine gute Sache für die Umwelt. Und so wechselten gigantische Kuschelehörner die Besitzerin, Bücher, Kinderkleider, Spielsachen oder Foto-Zubehör gingen in neue Hände über. An vielen Orten wartete kaum Benutztes auf Neugierige. Der eine oder die andere dürfte sich beim Anblick ihres Angebots gefragt haben, wann und warum man all die Sachen überhaupt mal gekauft hat. «Ich brauche eigentlich nichts», sagten denn auch viele, die die übers Dorfgebiet verteilten Stände bei einem Spaziergang abklapperten. Aber ganz ohne ein oder zwei Fundstücke gingen die wenigsten wieder nach Hause.



Am meisten positive Rückmeldungen gab es, weil der Quartier-Flohmarkt einen Anlass bot, mit den Nachbarn im Quartier ins Gespräch zu kommen, sagt Kiki Jungfer. Sie war den ganzen Tag über mit dem Velo im Ort unterwegs. Am Chimlibach hatten sich mehrere Schwerzenbacher und Schwerzenbacherinnen zusammengesetzt und einen grossen gemeinsamen Stand aufgebaut. Auf dem Parkplatz des Gemeindehauses trafen sich Bücherliebhaber:innen und gaben sich gegenseitig Lesetipps.

«Wenn Menschen zueinander gefunden haben, haben wir etwas Gutes geschafft», stellt Kiki Jungfer zufrieden

fest. «Das bringt die Dorfgemeinschaft voran, auch wenn es nicht in Franken gezählt werden kann.»

Eine Wiederholung des Quartier-Flohmarkts im nächsten Jahr ist nach der gelungenen Premiere nicht ausgeschlossen. Vor allem auch, weil sich die Investition in eine eigene Website zum Flohmarkt dann umso mehr lohnt. Michael Gruebler, Co-Präsident der GRÜNEN Schwerzenbach/Volketswil, hatte diese erstellt. Auf ihr konnten sich Interessierte im Vorfeld informieren und mit wenigen Mausklicks anmelden. Für die Flohmarkt-Besuchenden waren die Stände auf einer Karte von Schwerzenbach mit Pins markiert, eine kurze Beschreibung erklärte, was jeweils angeboten wurde. Wer zum Beispiel gezielt nach Spielsachen suchte, konnte danach filtern.

■ GRÜNE Schwerzenbach-Volketswil



STADTKLIMA-INITIATIVE WÄDENSWIL EINGEREICHT 970 UNTERSCHRIFTEN FÜR MEHR GRÜN



> v.l.: Stadtschreiber Oliver Küng, Stadtrat Martin Bislin, OK-Präsident der Initiative Samuel Wehrli (GRÜNE), Stadträtin Astrid Furrer (FDP) sowie Stadtpräsident Christof Wolfer (FDP).

Der Zeitpunkt hätte kaum passender sein können: Am 7. Juli 2026, mitten in einem Hitzesommer mit noch nie gemessenen Rekordtemperaturen, haben die GRÜNEN Wädenswil die kommunale Stadtklima-Initiative dem Stadtrat übergeben. Der Verein umverkehrR, der bereits in mehreren Schweizer Städten erfolgreich ähnliche Initiativen lanciert hat (Wädenswil ist Nr. 14), unterstützte die GRÜNEN Wädenswil rechtlich sowie bei Design und Druck. Die Initiative fordert ein Budget von 2,5 Millionen Franken über die kommenden 10 Jahre für Entsiegelung, Begrünung und Bäume im Stadtzentrum Wädenswils. Die Stadt hat dazu bereits Konzepte erarbeitet – die Initiative soll nun sicherstellen, dass für deren Umsetzung auch die Finanzierung steht.

In sechs Monaten hat eine breit angelegte Sammelaktion 970 Unterschriften zusammengebracht – rund 30 Prozent mehr als die nötigen 750. Ihren Ursprung hat die Initiative in einem Postulat vom Sommer 2025 zu mehr Bäumen an der Oberdorfstrasse, welches von Stadtrat und Parlament zurückgewiesen wurde. Am 9. Januar 2026 wurde daraus die eingereichte Volksinitiative. Eine Wädenswiler Hitzekarte zeigt, wo der Handlungsbedarf am grössten ist: Hafen, Bahnhof und Oberdorfstrasse zählen zu den kritischen Hitzeinseln der Stadt.

Die Übergabe der unterzeichneten Initiativformulare fand gemeinsam mit jener der SP-Initiative für bezahlbaren Wohnraum statt. Von Seiten der Stadt wurde der Effort der Initiantinnen und Initianten gewürdigt, und es wurde nochmals betont, dass die Stadt das Anliegen teilt. Mit dabei waren Stadtschreiber Oliver Küng, Stadtrat Martin Bislin, OK-Präsident der Initiative Samuel Wehrli (GRÜNE), Stadträtin Astrid Furrer (FDP), die die Unterschriften entgegennahm, sowie Stadtpräsident Christof Wolfer (FDP). Für den passenden Rahmen sorgten die GRÜNEN mit Blumenwiesenziegeln (wiederverwendet von der Europaallee) – ein treffendes Sinnbild für das Anliegen der Initiative.

Die Übergabe war vor allem ein symbolischer Akt: Die Bogen gehen nun zur formellen Prüfung an die Einwohnerdienste. Ein grosser Dank geht an alle, die unterschrieben, gesammelt und mitgeholfen haben – nicht zuletzt an den Verein Naturschutz Wädenswil, der die Sammelaktion tatkräftig unterstützt hat. Jetzt heisst es: Daumen drücken für die Prüfung – und dranbleiben, bis Wädenswil tatsächlich grüner wird.

■ Samuel Wehrli, Gemeinderat GRÜNE Wädenswil

ZUGVOGELFEST IM NEERACHERRIED

MIT MARTIN NEUKOM

Am 19. September trafen sich um 9 Uhr junge und ältere Vogelfreunde im Naturzentrum Neeracherried zum Zugvogelfest, das von den GRÜNEN Bezirk Dielsdorf organisiert wurde. Den Auftakt machte unser grüner Regierungsrat Martin Neukom. Nach seiner 30-minütigen Rede blieb Zeit für Fragen. Um 10 Uhr starteten die ornithologischen Führungen zu den Hides unter Leitung von Kantonsrätin und Feldornithologin Wilma Willi und der Co-Leiterin des Naturzentrums Christine Ebnetter.

Nach den Vogelbeobachtungen stärkten sich die Besucherinnen und Besucher im Naturzentrum bei Zopf und Most. Auch bot sich die Gelegenheit, die Sonderausstellung "Vogelzug erleben" zu besuchen und auf dem weltweit einzigartigen Zugvogelsimulator selber in die Welt der Zugvögel einzutauchen.



› Foto aus dem Simulator: Birdlife Schweiz.

■ Pascal Stucki, GRÜNE Bezirk Dielsdorf

**IM GRÜNEN BLATT
INSERIEREN**

ANZEIGEN

casafair
Eigentum
mit Verantwortung

**Gratis bis Ende
Jahr
Promocode
VERDE26**

**Casafair – der Verband
für Eigentümer:innen
mit Weitsicht. Nachhaltig,
fair und kompetent.**

Jetzt Mitglied werden.

Bei uns sind Sie gut beraten.
Rundum und zukunftsweisend.

www.casafair.ch/mitglied-werden

NACHTZÜGE DURCH WINTERTHUR UND ST. GALLEN MÜSSEN BLEIBEN!

Wegen Bauarbeiten werden diesen Sommer Fern- und Nachtzüge nach Osten über Winterthur und St. Gallen geführt. Das brachte unserer Region direkte Verbindungen in Metropolen wie Wien, Budapest oder Zagreb. Die GRÜNEN Winterthur wehren sich dagegen, dass dieses Angebot im Oktober bereits wieder endet, und unterstützen eine Petition der St. Galler GRÜNEN.



Vom 14. Juni bis 14. Oktober 2026 werden internationale Fern- und Nachtzüge wegen Bauarbeiten über Winterthur und St. Gallen geführt. Damit erhalten mehr als 200'000 Menschen in der Ostschweiz erstmals einen direkten Zugang zu wichtigen europäischen Destinationen. Was als Provisorium beginnt, muss zum Startpunkt einer zukunftsfähigen internationalen Bahnanbindung werden. Denn der Bedarf ist da, wie die Winterthurer Vizepräsidentin Ilona Molnar stellvertretend für viele zeigt: «Ich reise häufiger nach Ungarn, um Freunde und Familie zu besuchen – zuletzt mit dem Nachtzug via Winterthur. Um mir den ständigen Umweg über den Zürcher Hauptbahnhof zu ersparen, würde ich eine Verbindung mit Halt in Winterthur sehr begrüßen.»

Es gibt aber auch Argumente über die persönliche Betroffenheit hinaus: «Winterthur ist als Grossstadt zu wichtig, um keinen Anschluss ans Nachtzug-Netz zu haben. Das Parlament in Bern muss dies rasch sicherstellen. Winterthur braucht direkten Anschluss an Europa», doppelt Florian Heer, Präsident der GRÜNEN Winterthur nach. Diese Forderung nach Bern tragen wird Franziska Ryser. Die St. Galler Nationalrätin

ist nämlich überzeugt: «Klimafreundliche Mobilität darf nicht am Zürcher Hauptbahnhof enden. Wer möchte, dass mehr Menschen vom Flugzeug auf die Bahn umsteigen, muss ihnen ein überzeugendes Angebot machen. Direkte Nachtzüge ab Winterthur und St. Gallen sind konkreter Klimaschutz und stärken gleichzeitig die ganze Ostschweiz.»

Schluss mit dem Umweg über Zürich

Heute müssen Reisende aus der Ostschweiz zuerst nach Zürich oder Buchs fahren, wenn sie mit dem Nachtzug nach Wien, Budapest oder Zagreb reisen möchten. Das kostet Zeit und schafft unnötige Hürden – besonders für Familien, ältere Menschen sowie Reisende mit Gepäck, Velos oder Kinderwagen. Mit den neuen Direktverbindungen wird klimafreundliches Reisen plötzlich einfach: abends in St. Gallen oder Winterthur einsteigen und am nächsten Morgen mitten in Wien, Budapest, Ljubljana, Graz oder Zagreb ankommen. Gerade beim Nachtzug fällt eine etwas längere Fahrzeit kaum ins Gewicht. Entscheidend sind der direkte Zugang, eine erholsame Reise und die Möglichkeit, auf einen Flug zu verzichten.

Nicht vorschnell aufs Abstellgleis schieben

Statt die diesen Sommer etablierte Verbindung vorschnell abzuschreiben, müssen Bund, SBB und ÖBB die viermonatige Betriebsphase als Praxistest nutzen. Nachfrage, Auslastung und betriebliche Erfahrungen sind transparent auszuwerten. Anschliessend müssen tragfähige Lösungen für ein dauerhaftes Angebot entwickelt werden. «Die Ostschweiz darf bei der nächsten Ausbaustappe des internationalen Bahnverkehrs nicht wieder vergessen gehen. Jetzt haben SBB und Politik die Gelegenheit, aus einem Provisorium ein dauerhaftes Angebot zu machen», formuliert Michael Breu, Co-Präsident der GRÜNEN Stadt und Region St. Gallen kämpferisch.

Was heute als Umleitung funktioniert, darf am 14. Oktober 2026 nicht einfach wieder verschwinden. Unterstütze auch du die Anbindung von Winterthur und St. Gallen ans europäische Nachtzugnetz und unterschreibe die Petition gleich hier: gruene-sg.ch/nachtzug

■ Simon Hungerbühler, Sekretär der GRÜNEN Winterthur

GRÜNE TERMINE

GRÜNE KANTON ZÜRICH

22. Oktober 2026, 19:30 Uhr

Mitgliederversammlung

Ort: Kulturzentrum «Alte Kaserne»,
Technikumstrasse 8, 8403 Winterthur.

GRÜNE STADT ZÜRICH

27. Oktober 2026, 18:30 Uhr

Mitgliederversammlung

Ort: Photobastei, Sihlquai 125, Zürich.

06. Januar 2027, 18:30 Uhr

3-König*innen-Apéro

Ort: Wird noch bekannt gegeben.

GRÜNE WINTERTHUR

26. Oktober 2026, 19:30 Uhr

Offene Mitgliederversammlung

Ort: Kirchgemeindehaus Liebestrasse,
Liebestrasse 3, 8400 Winterthur.

05. November 2026, 19:00 Uhr

GRÜNER Stamm

Ort: Zum Hinteren Hecht, Tösstalstrasse 2, Winterthur.

03. Dezember 2026, 19:00 Uhr

GRÜNER Stamm

Ort: Zum Hinteren Hecht, Tösstalstrasse 2, Winterthur.

GRÜNE BÜLACH

20. Oktober 2026, 19:15 Uhr

Mitgliederversammlung

Ort: Glasi-Saal, Glasiplatz 1, Bülach.

GRÜNE DÜBENDORF

28. November 2026, 13:00 Uhr

**Einhorn-Guezli verzieren am Chlaus-
märkt Dübendorf**

Ort: Stadthausplatz Dübendorf,
Usterstrasse 2.

GRÜNE PFÄFFIKON

23. November 2026, 20:00 Uhr

Mitgliederversammlung

Ort: H7, Hochstrasse 7, Pfäffikon.

GRÜNE WETZIKON

11. November 2026, 14:00 Uhr

**Grüner Stammtisch mit Regierungsrat
Martin Neukom**

Ort: Restaurant Impuls, Wetzikon.

28. November 2026, 14:00 Uhr

Vogelfutterhäuschen selber machen

Ort: Cevischüür.

02. Dezember 2026, 19:00 Uhr

Grüner Stammtisch

Ort: Restaurant Impuls, Wetzikon.

ALLE VERANSTALTUNGEN

gruene-zh.ch/events



PAROLENSPIEGEL

29. NOVEMBER 2026

Eidgenössische Vorlage

JA	Bundesbeschluss vom 19. Juni 2026 über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer
JA	Volksinitiative «Für eine Einschränkung von Feuerwerk»
NEIN	Volksinitiative «Ja zu fairen Bundessteuern auch für Ehepaare – Diskriminierung der Ehe endlich abschaffen!»
NEIN	Änderung vom 19. Dezember 2025 des Bundesgesetzes über das Kriegsmaterial (Kriegsmaterialgesetz, KMG)

gruene-zh.ch/abstimmungen



IMPRESSUM

grünes blatt – Zeitung der GRÜNEN Kanton Zürich, Ackerstr. 44, 8005 Zürich. Erscheint 4x jährlich. Auflage: 3'300 Ex. Redaktion: Liridon Maliqi. Korrektur: Liridon Maliqi. An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Wilma Willi, Martin Neukom, Nadja Wirth, Yannick Ghisletta, Reto Pfeiffer, Pascal Stucki, Samuel Wehrli, Simon Hungerbühler, Anna-Béatrice Schmaltz, Silvia Rigoni, Catalina Gajardo, Melanie Meierhans, Daniel Leupi, Karin Rykart, Roland Hohmann; Bildnachweis: S. 2: Wilma Willi; Bildnachweis: S. 3: GRÜNE Kanton Zürich; Bildnachweis: S. 8/9: GRÜNE Schwerzenbach-Volketswil und GRÜNE Wädenswil; Druck: Ropress. Diese Zeitung ist CO2-neutral und auf FSC-Papier gedruckt: FSC C010121.